

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für den Burgenlandkreis

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für einen starken Burgen- landkreis!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jersiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Katja Bahlmann – eine junge Frau macht sich für das Alter stark

Für eine teilhabeorientierte, barrierefreie Infrastruktur und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Katja Bahlmann – ausgebildete Wirtschaftsfachwirtin, langjährige Kreisrätin im Burgenlandkreis und Gemeinderätin in der Verbandsgemeinde Droyßiger-Forst, engagiert sich seit Jahren im sozialen Bereich und kümmert sich aktiv um Themen der Renten- und Seniorenpolitik. Ihre Motivation für die Kandidatur zum Landtag 2016 ist, etwas für die Menschen der Region zu bewegen, Ansprechpartnerin zu sein, wenn es darum geht, Probleme aufzugreifen und sie dazu zu thematisieren, wo Entscheidungen getroffen werden. Katja Bahlmann entwickelt Ideen, die ein Leben und Bleiben in diesem Lande attraktiver machen. Sie weiß, dass viele soziale Themen auf Bundesebene entschieden werden. Als Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten Roland Claus hat sie in den vergangenen zehn Jahren ihrer Tätigkeit eine stabile Verbindung zur Bundespolitik aufbauen können und auch bisher schon die Verknüpfung von bundespolitischen Themen mit regionalem Handeln praktiziert.

Um nahe an den Sorgen und Nöten der Menschen zu sein, veranstaltet sie regelmäßig Sozialsprechstunden und organisiert Hartz-IV-Begleitung in der Region Burgenlandkreis. Sie kümmert sich gemeinsam mit der Kreistagsfraktionsvorsitzenden DIE LINKE, Christine Krößmann, um den Erhalt der Tafel im Landkreis. Ihre Kontakte zur Bundesagentur für Arbeit und zu Job-

centern nicht nur im eigenen Landkreis tragen dazu bei, dass hier die Probleme der Menschen wahrgenommen werden.

Katja Bahlmann hat sich während ihrer Zeit als Kreisrätin dafür engagiert, dass ein Leitbild mit sozialem Profil für den Burgenlandkreis erarbeitet wurde. Auch dass es in Krankenhäusern des Burgenlandkreises die Möglichkeit der anonymen Geburt gibt, geht auf eine Initiative von Katja Bahlmann zurück. Als zukünftige Ziele für die Arbeit im Landtag Sachsen-Anhalts ist ihr wichtig, sich für eine teilhabeorientierte und barrierefreie Infrastruktur einzusetzen. Sie

will die Förderung von barrierefreiem Wohnraum – auch im ländlichen Raum – weiter vorantreiben und sich für eine bezahlbare Kinderbetreuung und für wohnortnahe Schulstandorte einsetzen. Wichtig für sie sind die Themen Mobilität im Alter und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement der älteren Menschen. Ein bedeutender Baustein für ihre Arbeit in der Sozialpolitik wird auch das von der bisherigen Landtagsfraktion DIE LINKE entwickelte Modellprojekt »Gemeinwohlarbeit« sein. Hier entstehen gerade auf dem Gebiet des öffentlich geförderten Beschäf-

tigungssektors besonders für Langzeitarbeitslose neue Perspektiven. Es gibt also viel zu tun für die Menschen der Region Burgenlandkreis und im Lande Sachsen-Anhalt – für eine soziale Politik, für eine solidarische Gesellschaft. Gegenwärtig ist das Leben in Sachsen-Anhalt von großen sozialen Verwerfungen geprägt – es ist eine äußerst ungleiche Gemeinschaft, in der die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen Jahren noch größer geworden ist. Dies will die neue Fraktion DIE LINKE in diesem Lande ändern, und daran will Katja Bahlmann mitwirken.



Katja Bahlmann
Unsere Kandidatin im
Wahlkreis 41 (Zeititz)

Im Oktober 2014 war es endlich soweit: Auf meine Initiative hin hat DIE LINKE. Burgenlandkreis eine Kreisarbeitsgemeinschaft Seniorinnen und Senioren gegründet. Sie werden sich vielleicht fragen, warum mir das Thema so wichtig ist. Denn gerade bin ich 40 Jahre alt geworden und damit nicht im klassischen Seniorinnenalter.

Aber ich finde, unsere älteren und alten Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben so viele Erfahrungen gesammelt, können so viel Wissen weitergeben und uns, die Jüngeren, mit so vielen Ratschlägen unterstützen, dass wir viel vergeben würden, wenn wir das nicht nutzten. Es ist nicht nur ein Gewinn, sondern macht vor allem oft auch großen Spaß, sich miteinander auszutauschen, Vorschläge zu diskutieren, Ideen aufzugreifen. Und es hilft, aus Fehlern zu lernen.

Inzwischen gibt es regelmäßige Zusammenkünfte, oft auch verbunden mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen oder Presseaktionen.

Als Sprecherin der Kreisarbeitsgemeinschaft Seniorinnen und Senioren DIE LINKE unterstütze ich auch den »Kreisseniorenbeirat Burgenlandkreis« und bin dessen ständiger Gast.

Die Kreisarbeitsgemeinschaft Seniorinnen und Senioren hat sich viel vorgenommen. Sie wird sich mit Themen wie einem Landesseniorenvertretungsgesetz, bezahlbarem, zweckmäßigem, senioren-gerechtem Wohnen und der Anti-Diskriminierung im Alter befassen.

Und sie hat auch gar nichts dagegen, wenn sich der Kreis der Arbeitsgemeinschaft vergrößert, lädt herzlich zu den Diskussionen ein.

Ich würde mich freuen, dort noch ein paar mehr jüngere Gesichter zu sehen.

*Katja Bahlmann
DIE LINKE. Burgenlandkreis
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
Mobil: 0176/42 02 69 82
bahlmann.k@t-online.de
www.katja-bahlmann.de*

Tourismusregion Burgenland



Der Tourismus ist für die Entwicklung in ländlich geprägten Räumen wie dem Burgenlandkreis ein wichtiger Wirtschaftszweig. Der Wettbewerb erfordert ständig neue und attraktive Angebote. Der Reichtum an geschichtsträchtigen Kulturgütern, Kunst und Kultur, Naturschätzen und auch Industriedenkmälern ist im Burgenlandkreis ausgeprägt. Er muss bewahrt werden, und wir werden uns für die Unterstützung dieser Kulturgüter maßgeblich einsetzen. Der Bur-

genlandkreis ist mit seinen historischen Weinanbaugebieten schon jetzt ein touristischer Anziehungspunkt. Ebenso bedeutend für die Attraktivität sind die Natur- und Flusslandschaften an Saale, Unstrut und Elster. Wir wollen für die Förderung von sanftem und naturnahem Tourismus eintreten und setzen vorrangig auf die Unterstützung attraktiver und bezahlbarer touristischer Angebote auch für mittlere und untere Einkommensgruppen.

Der Ausbau der touristischen Infrastruktur ist zwar überwiegend kommunale Aufgabe, muss jedoch auch von Landespolitikern in ihrer Entwicklung unterstützt und die Pflege sowie der Ausbau von Wander-, Rad- und Reitwegen deutlich vereinfacht werden. Beim Ausbau der notwendigen touristischen Infrastruktur wollen wir uns dafür einsetzen, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern.

Der Erlebnis- und Kulturtourismus soll besser mit dem Gesundheits- und Wellness-tourismus vernetzt werden, um zusätzliche touristische Angebote für die Region zu schaffen. Wir werden uns dafür starkmachen, dass diese Angebote zunehmend an Barrierefreiheit gewinnen und sowohl für Menschen mit Behinderung als auch für Seniorinnen und Senioren und Familien mit Kindern zugänglich werden.





Andrei Fischer

ist unser Kandidat im Wahlkreis 40 (Querfurt). Der Wahlkreis umfasst die Städte Querfurt, Allstedt, Bad Bibra, Goethestadt Bad Lauchstädt, Eckartsberga, Mücheln (Geiseltau) und Schraplau sowie die Gemeinden An der Poststraße, Barnstädt, Farnstädt, Finne, Fimmelnd, Kaiserpfalz, Lanitz-Hassel-Tal, Nemsdorf-Göhrendorf, Obhausen und Steigra.

Andrei Fischer, Jahrgang 1982, ist seit einem Jahr Mitglied der Partei DIE LINKE und Gemeinderat in Barnstädt. Nach seinem Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena arbeitet er nun als Lehr-
amtsanwärter an der Regelschule in Roßleben.

Andrei Fischer
DIE LINKE. Saalekreis
Burgstraße 9
06217 Merseburg
Telefon: 03461/213180
www.andrei-fischer.de

Für eine nachhaltige Bildung mit gleichen Chancen für alle!

Wir wollen nicht zulassen, dass Bildung ein Privileg derer ist, die über Geld verfügen

Bildung ist die Formung des Menschen im Hinblick auf sein Menschsein. Bildung zeigt die geistigen Fähigkeiten des Menschen und ist somit ein Spiegelbild seiner selbst. Deutschland, als Land der Dichter und Denker, aber auch der Pädagogen und Erzieher, muss daher umso mehr bestrebt sein, das selbst gesteckte hohe Bildungsideal der mündigen Bürgerin, des mündigen Bürgers zu erreichen. Im Deutschland des 21. Jahrhunderts darf Bildung kein Privileg werden, sondern muss ein Grundrecht aller Menschen bleiben. Doch welches Grundrecht auf Bildung? In einer Zeit, in der Geld für marode Banken da ist, in der Millionen an Fördermitteln veruntreut werden, scheint es kein Geld zu geben für unsere Zukunft, für unsere Kinder. »Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung.« Dieses Zitat von John F. Kennedy zeigt uns, auf welchem Weg wir in der Bildung gerade sind. Unsere Bildungslandschaft spiegelt die Kleinstaaterei eines Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert wider. In einer Zeit,

in der wir Fachkräfte und gut ausgebildete Lehrlinge mehr brauchen denn je, taumelt das Bildungssystem der vermeintlichen Dichter und Denker orientierungslos am Abgrund, macht sich Hoffnungslosigkeit breit. Um dieser Hoffnungslosigkeit aktiv entgegenzuwirken, muss im Kleinen begonnen werden. Schule und Kita, als kleine Zentren des sozialen Lebens von Kindern und jungen Familien, müssen flächendeckend Kinderbetreuung bieten, schnell und gut erreichbar sein, um Eltern die Sicherheit zu geben, dass ihre Kinder gut betreut sind. Diese Voraussetzungen sind wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Weiterhin müssen die lokalen Verwaltungen (Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden) mehr Mitspracherechte bei der Planung der Schulstandorte sowie bei der Planung und Gestaltung der Lernumgebung erhalten. Ebenso muss die ausreichende systembezogene Ausstattung mit Lehrkräften sichergestellt werden, um ein nachhaltiges Arbeiten zu ermöglichen. Außerdem muss eine An-



passung der Arbeitszeitregelung für Lehrkräfte an die umfangreicheren und anspruchsvolleren Aufgaben durchgeführt werden. Weiterhin müssen Klassen und Lerngruppen auf ein vernünftiges Maß verkleinert werden. Man kann mit einem kostenlosen Mittagessen noch mehr erreichen, man muss es nur wollen. Wir dürfen nicht zulassen,

dass Bildung ein Privileg wird, dass wir das Potenzial und die Zukunft unserer Kinder leichtfertig aufs Spiel setzen. Deshalb setze ich mich als Politiker dafür ein, unseren Kindern eine Zukunft zu geben, die ihnen gerecht wird und ihnen alle Möglichkeiten offen hält.

Andrei Fischer

Ihr Kandidat für die Saale-Unstrut-Region

Innenstädte müssen wieder attraktiver, Kommunen finanziell besser ausgestattet werden



Jan Wagner

kandidiert für das Direktmandat im Wahlkreis 42 (Naumburg).

Der Wahlkreis umfasst vom Burgenlandkreis die Gemeinden Balgstädt, Stadt Freyburg (Unstrut), Gleina, Goseck, Karsdorf, Stadt Laucha an der Unstrut, Meineweh, Mertendorf, Molauer Land, Stadt Naumburg (Saale), Stadt Nebra (Unstrut), Osterfeld, Schönburg, Stadt Stößen, Wethau.

Jan Wagner ist 29 Jahre alt, Bioinformatiker, bereits seit 2011 erfolgreich Mitglied des Landtages in Sachsen-Anhalt und seit 2014 auch des Gemeinderates Naumburg.

Jan Wagner
Wahlkreisbüro
Salzstraße 38
06618 Naumburg (Saale)
Telefon: 03445/248 06 86
Fax: 03445/248 06 88
wkb@jan-wagner.com

Ich wurde 2011 erstmals in den Landtag gewählt. Seitdem arbeite ich daran, Probleme in der Saale-Unstrut-Region anzugehen und zu lösen. Das ist schwierig genug, haben doch unsere Städte und Gemeinden immer weniger Möglichkeiten, selber Entscheidungen zu treffen und zu handeln. Zum Beispiel, um das aktive Leben im ländlichen Raum zu bewahren. Kurze Wege zu Kitas und Grundschulen sind notwendig, aber die Realität sieht anders aus. Immer wieder müssen die Menschen viel Kraft aufwenden, um diese Einrichtungen vor der Schließung zu bewahren. DIE LINKE sieht einen grundsätzlichen Bedarf, die kommu-

nalen Haushalte deutlich besser zu finanzieren. Nur dadurch bekommen die Bürgerinnen und Bürger Gestaltungsspielraum zurück. Dies stärkt das aktive Leben in den Ortschaften und damit die Demokratiefähigkeit jedes Einzelnen. Ein weiteres Problem sind massive Leerstände in den Innenstädten. Allein in Naumburg werden derzeit über 40 Prozent der Ladenlokale nicht betrieben. In Freyburg und Bad Kösen ist die Situation ähnlich. Hier gilt es, durch die Landespolitik Wege zu eröffnen, alternative Nutzungskonzepte zu ermöglichen und bürokratische Hürden abzubauen. Denn nur lebendige Innenstädte sind attraktive Innenstädte.

Eine Besonderheit unserer Heimat ist der seit Jahrhunderten betriebene Weinanbau. Diese Kulturlandschaft mit ihren Trockenmauern gilt es, wie so viele weitere Kulturgüter in der Saale-Unstrut-Region, zu erhalten. Ich bin darüber hinaus im Bereich der Netzpolitik tätig. Dieses neue Politikfeld begleitet die gesellschaftlichen Veränderungen, die durch eine zunehmende Digitalisierung entstehen, um Fehlentwicklungen zu vermeiden. Digitalisierung umfasst nämlich weit mehr als Smartphones, Facebook oder den Bordcomputer im Auto. Die Auswirkungen auf unseren Alltag sind viel weitreichender. Die Sammlung digitaler Daten ermöglicht es, alle Bereiche des menschlichen Lebens messbar zu machen. Größen wie Wirtschaftswachstum, Bildung, Gesundheit und Zufriedenheit können gemessen und zueinander in Beziehung gesetzt werden. Das bietet enorme Chancen für die Zukunft, birgt aber auch hohe Risiken. Facebook macht mit unseren Urlaubsfotos Werbung, ohne dass wir einen Euro dafür erhalten. Unsere Krankenkasse erhöht Beiträge, weil sie unseren Lebenswandel als ungesund einstuft. Staatliche Behörden können unsere privaten E-Mails lesen, weil diese nicht verschlüsselt sind. Hier setze

ich an und mache mich für Bürgerrechte stark. Für mich ist wichtig, den flächendeckenden Breitbandausbau in der Region voranzutreiben. Nur so kann unser Landkreis gegenüber anderen Regionen konkurrenzfähig bleiben. Sie kennen womöglich den Luxus von freiem WLAN aus Ihrem Urlaub. Was im Ausland längst selbstverständlich ist, muss endlich auch hier zur Normalität werden! Eine schnelle und sichere Internetverbindung ist eine Grundvoraussetzung für die weitere positive Entwicklung des Burgenlandkreises. Damit die neue Informationsflut verarbeitet werden kann, ist eine bessere Medienbildung dringend notwendig. Ich setze mich für intensive Förderung der Medienkompetenz ein. Bereits Schülerinnen und Schüler müssen lernen, Wichtiges von Unwichtigem, Seriöses von Unseriösem zu unterscheiden. Eine solide Ausbildung auch in diesem Bereich erhöht schlussendlich die Chancen der jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Privat engagiere ich mich u.a. für ein weltoffenes Naumburg, im ADFC und im Friedenskreis. Ein Zusammenleben, das geprägt ist von Frieden und gegenseitiger Achtung der Menschen, ist für mich eine Lebensaufgabe.

Ihr Jan Wagner



Ein Land zum Leben, ein Land zum Bleiben – und das sicher für Alt und Jung!

Weißenfels, Lützen und Teuchern sollen auch zukünftig Städte zum Leben und Bleiben sein. Dafür müssen im Landtag wichtige Entscheidungen getroffen werden. Ich möchte daran mitwirken, indem ich mich in den Schwerpunktbereichen der öffentlichen Sicherheit, also insbesondere für Polizei und Feuerwehr sowie im Politikfeld Drogenpolitik, engagiere. Das sind meine Themenfelder – dafür stehe ich.

Bürgerinnen und Bürger wollen sich sicher fühlen. Das setzt Vertrauen in die Politik voraus. Um dem gerecht zu werden, ist es nach meiner Auffassung zwingend notwendig, einen engen Kontakt zu unseren Sicherheitsbediensteten zu halten und sie vor allem auch den Anforderungen entsprechend auszustatten. Ich möchte, dass die Polizei

auch in den kleineren Städten und Dörfern stets präsent ist. Um dies zu erreichen möchte ich daran mitwirken, da, wo es erforderlich ist, Polizeistationen wieder zu eröffnen, damit Hilfe im Notfall schnellstmöglich gewährleistet werden kann. Einem Personalabbau bei der Polizei stimme ich nicht zu. Vielmehr gilt es, so viel Personal zu beschäftigen, dass alle polizeilichen Aufgaben schnell und bürgerfreundlich abgearbeitet werden können. Mein Ziel ist es, ein hohes Sicherheitsgefühl besonders auch bei älteren und alten Menschen herzustellen.

Brandschutz und Feuerwehr

Auch an der Verbesserung des Brandschutzes will ich arbeiten und daran mitwirken, dass



unsere Feuerwehren mit einer deutlich besseren Einsatztechnik ausgestattet werden. Das umzusetzen ist für mich eine zwingende Aufgabe, denn nur so kann Hilfe schnell und effektiv gewährleistet werden. Seit Jahren ist erkennbar, dass sich immer weniger junge Menschen in Feuerwehren engagieren. Das Nachwuchsproblem bei vielen Feuerwehren ist groß und muss dringend gelöst werden. Darum möchte ich neue Anreize setzen und vor allem bei jüngeren Menschen das Interesse am Brandschutz wecken. Ein solcher Anreiz ist die Einführung einer »Feuerwehrente«. Diesen Vorschlag möchte ich neu aufgreifen und schnellstmöglich umsetzen.

Drogenpolitik

Die »Crystalwelle« breitet sich immer weiter aus. Diese Droge ist billig und selbst Schülerinnen und Schüler können sie vom Taschengeld bezahlen, die Folgen für Abhängige und deren Angehörige sind umso tiefgreifender. Ich möchte hier ganz konkret an der Umsetzung von landesweiten Präventions- und Hilfsangeboten mitwirken und die Weichen für deren Umsetzung stellen. Dieses Drogenproblem einzudämmen und zu bekämpfen, wird für unsere Region eine der wichtigsten Aufgaben in den kommenden Jahren sein. Daran will ich mitarbeiten.

Ihr Veit Raczek



Veit Raczek

tritt als Direktkandidat im Wahlkreis 43 (Weißenfels) an.

Der Wahlkreis umfasst vom Burgenlandkreis die Gemeinden Stadt Lützen, Stadt Teuchern, Stadt Weißenfels.

Der 39-jährige Polizeivollzugsbeamte Veit Raczek ist Vorsitzender des Stadtverbandes Weißenfels der Partei DIE LINKE und Mitglied des Stadtrates Weißenfels.

Veit Raczek
DIE LINKE.
Stadtverband Weißenfels
Töpferdamm 6
06667 Weißenfels
Telefon: 0163/294 14 17
veit-raczek@gmx.de
www.veit-raczek.de



Eine Zukunft für Sport, Kunst und Kultur

Was ist neben der Arbeit mit am wichtigsten? Genau, ein vielfältiges Freizeitangebot! Man kann hinschauen, wohin man will, in jeder Stadt und in jeder Gemeinde gibt es Menschen, die sich – wie auch immer – dafür in ihrer Freizeit einsetzen. Viele arbeiten ehrenamtlich in Sportvereinen, viele tragen in Heimatvereinen dazu bei, dass unsere Geschichte nicht verloren geht, und viele betätigen sich im künstlerisch-kulturellen Milieu. So verschieden die Interessen, so unterschiedlich

auch das Engagement der Menschen. Eines aber haben sie gemeinsam: Sie alle machen unsere Region lebenswert. Eine Aufgabe von Politikerinnen und Politikern ist es, dafür Sorge zu tragen, dass dies so bleibt. Grundvoraussetzung sind entsprechende Rahmenbedingungen. Leider sind die oft in Gefahr, aufgrund finanzieller Zwänge kaputtgespart und zerschlagen zu werden. Sport, Kunst und Kultur fördern auch die Wirtschaft und machen die Region auch für Inves-

toren attraktiv. Erst die Arbeit, dann das Vergnügen – Arbeitgeber haben oft ein ureigenes Interesse an einem breiten Freizeitangebot für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist ein Ausgleich zur täglichen Arbeit, den die Menschen brauchen und den sie auch gern nutzen. In Sport, Kunst und Kultur zu investieren, ist folglich eine nachhaltige Investition in dreierlei Hinsicht. Es profitieren die Städte und Gemeinden, es profitieren die Arbeitgeber, und es

profitieren die Menschen in unserer Region. Das sind drei Chancen, die wir gemeinsam nutzen sollten. Das sind drei Chancen, die ich aufgreifen möchte. Und das sind vor allem auch drei Chancen, die realistisch umsetzbar sind. Daher gilt an dieser Stelle mein Dank all denen, die sich in ihrer Freizeit sportlich, kulturell oder künstlerisch stark engagieren und das auch weiterhin tun werden.

Veit Raczek

Das muss drin sein!

Lautstark, bunt und vielfältig startete DIE LINKE am 1. Mai 2015 ihre Kampagne »Das muss drin sein«, um auf die Auswirkungen von Hartz IV, Leiharbeit und Befristungen, steigenden Mieten aufmerksam zu machen. Bereits im Juni schloss sich eine Aktionswoche an, bundesweit war DIE LINKE auf den Straßen, kam bei Aktionen und Veranstaltungen mit Interessierten ins Gespräch. Und die dritte Aktionsphase fand in den ersten beiden Dezemberwochen des vergangenen Jahres unter dem Motto »Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV« statt.

»DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit«, so Diana Theil, Kampagnenverantwortliche im Burgenlandkreis, »die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Vollzeit ist seit Jahren rückläufig, während die Teilzeitschäftigung und die Zahl der Minijobs im selben Zeitraum um ein Vielfaches stiegen. Unsichere Arbeit greift um sich. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb beteiligt sich auch DIE LINKE im Burgenlandkreis an den vielfältigen, bunten Protesten.« Die Kampagne lädt alle zum Mitmachen ein, Mitglieder der Partei ebenso wie Sympathisantinnen und Sympathisanten. Wie? Wann? Wo? Ausführliche Informationen gibt es auf der Kampagnen-Website:

www.das-muss-drin-sein.de



Fremde brauchen Freunde – keine Feinde



Diese Initiative »Fremde brauchen Freunde«, gegründet von einer Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürgern des Burgenlandkreises, ist in Kretzschau sehr aktiv. Ziel war und ist es weiterhin, ein sichtbares Zeichen zu setzen unter dem Motto »Gemeinsam gegen RECHTS« und dabei auch besorgte, ängstliche Bürger Kretzschau zu gewinnen, aufzuklären, wer jeden Sonntag am »Schlecker« zur Demo ruft, und kundzutun, dass wir Sorgen und Ängste ernst nehmen und nicht für politische Zwecke missbrauchen. Parteiübergreifende Zusammenarbeit ist möglich, wie am Aktionssonntag gut sichtbar war, und wir möchten uns als Initiatoren der Veranstaltung für eure rege Teilnahme bedanken. Auch ein großes Dankeschön an Frank Thiel, der uns hilfreich zur Seite steht, wenn es darum geht, Gesicht zu zeigen. Am Sonntag, dem 4. Oktober 2015, haben wir es gemeinsam geschafft, dass der sogenannte Lichterspaziergang der NPD nicht stattfinden konnte, da wir mit unserer Demonstration an der Raiffeisenbank in der Hauptstraße direkt auf der Marschroute lagen und somit den Weg blockierten. Gast der Veranstaltung war Landrat Götz Ulrich, der deutlich machte, dass es wichtig sei, Zuwanderung nicht als Bedrohung, sondern als Chance zu verstehen. Die Basisorganisation Droyßiger-Zeitzer Forst hat auf ihrer monatlichen Mitgliederversammlung im Oktober spontan 60 Euro für 20 Willkommensbeutel für Flüchtlinge gespendet. Auch der Landesvorstand DIE LINKE spendete 84 Euro für Willkommensbeutel für Flüchtlinge in Kretzschau. Herzlichen Dank dafür!

Diana Theil für die Initiative »Fremde brauchen Freunde – keine Feinde«

Bitte unterstützen Sie uns.
DIE LINKE. Landesverband
Sachsen-Anhalt
Deutsche Bank, IBAN:
DE09 8107 0024 0118 8259 01
Verwendungszweck: SPENDE



Für mehr Mitbestimmung

Als ehemalige langjährige Betriebsrätin eines großen Bildungsträgers bringt sie sich in die Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft ein, besitzt Verhandlungsgeschick und die nötige Ruhe in Konfliktsituationen, wenn sich Partner professionell einigen müssen – sei es in Tarifverhandlungen oder beim Abschluss einer wichtigen Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeitdokumentation. Betriebliche Mitbestimmung von Betriebsräten, in den Gewerkschaften und vor allem deren überregionale Zusammenarbeit liegt ihr sehr am Herzen. Wenn sie eine Chance hat, an sozialen Ungerechtigkeiten etwas zu ändern, dann nutzt sie die. Mindestlohn, Abschaffung von Sanktionen, Grundsicherung, Kampf gegen befristete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind ihre Themen. Als Arbeitsvermittlerin des Jobcenters, jetzt Familienintegrationscoach des Burgenlandkreises, kennt Diana Theil beide Seiten der Medaille. Die Menschen an ihrem Tisch, die sich gemeinsam mit ihr in den Arbeitsmarkt zurückkämpfen wollen, nehmen ihre Hilfe gern in

Anspruch. Oft hört sie: »Danke, dass Sie mir zuhören und sich für mich interessieren.« Die zweite Seite der Medaille ist, dass viele Menschen in dieser Hartz-IV-Gesellschaft aufgewachsen sind. Sie haben nicht lernen können, Konflikte zu lösen, sind in sozial schwierigen Verhältnissen groß geworden, haben dadurch wenig Bildung erwerben können. Diana Theil sagt: »Sanktionen sind die falsche Methode. Niemand holt den Sanktionierten ab, er bekommt weniger Geld, die Probleme häufen sich, und die Ursachen dafür bleiben unbearbeitet. Aus Zuckerbrot und Peitsche ist am Ende nur Peitsche geworden. Das darf nicht so weitergehen!« Als eines der ersten Mitglieder der Initiative »Fremde brauchen Freunde – keine Feinde« engagiert sich Diana Theil mit vielen Ehrenamtlichen in einer Kretzschauer Helfergruppe vor Ort. Egal ob Begrüßung, Registrierung, Begleitung von Refugees oder einfach nur laut gegen rechte Gewalt, geistige Brandstifter und besorgte Bürger Gesicht zu zeigen – sie ist dabei. Gegen Fremdenhetze und blin-

den Hass, egal ob er von der AfD propagiert wird oder von anderen. Kommunalpolitik aus der Basis in das Land tragen und umgekehrt – das will Diana Theil. Sich auf Landesebene für unsere Ziele einsetzen, um eine Regierungsbeteiligung kämpfen! »Die Bundespolitik lebt von der Zeit und dem Engagement der Ehrenamtlichen! Wenn sie nicht wären, wäre manches Kind in der Flüchtlingsunterkunft ohne Ball oder Puppe oder Spielzeugautos, ohne Bett, ohne soziale

Kontakte nach außen«, sagt die Kommunalpolitikerin. »Das Ehrenamt gilt es zu stärken. Wir brauchen es mehr denn je. Und zusätzlich zum ehrenamtlichen Engagement müssen andere Voraussetzungen geschaffen werden, um eine echte Integration aller möglich zu machen und sie dann zu leben.« Diana Theil möchte auf diesem Weg viele Menschen mitnehmen. Und sie möchte den Regierungswechsel, damit dieser Weg beschritten werden kann.



Nicht nur reden. Machen!

Mit 69 Jahren hat man jedes Recht, mal kürzer zu treten, alle Fünfe gerade sein zu lassen. Wenn man Jahrzehnte lang als Lehrer gearbeitet hat, sehnt man sich vielleicht sogar noch ein bisschen mehr nach Ruhe. Auch wenn einen der Beruf so

ausgefüllt hat, wie das bei Gunter Schneider der Fall war. Jetzt ist der Pensionär an die Schultafel zurückgekehrt. Früher hat er an der heutigen Sekundarschule »Drei Türme« Hohenmölsen die Fächer Deutsch, Geschichte und Sport gelehrt.



Peter Lisaker

Heute unterrichtet er im Freizeitraum der Gemeinschaftsunterkunft Hohenmölsen Deutsch als Fremdsprache. Im Burgenlandkreis hat jeder Flüchtling Anspruch auf Unterricht. Die Anzahl der Stunden variiert, ist in erster Linie abhängig von den Vorkenntnissen. Gunter Schneider bewegen die Schicksale der Flüchtlinge sehr. Und er ist besorgt angesichts der Reaktionen auf die Menschen, die in großer Not und oft unter erheblichen Gefahren zu uns kommen. Da ist so viel Hass, so viel Gewalt, so viel Vorurteil. Auf der anderen Seite gibt es aber auch eine große Solidarität, unglaublich viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, kraftvolle Proteste gegen Nazis, gegen alle Formen von PEGIDA, gegen die AfD. Auch da ist Gunter Schneider dabei. Aufklärung ist wichtig, Diskussion über die Probleme,

die natürlich nicht ausbleiben. Aber reden reicht nicht, sagt er. Er will helfen, etwas Praktisches tun, nicht nur mit Rat, sondern auch mit Tat zur Seite stehen. Er will den Flüchtlingen in Deutschland eine Perspektive geben. Und wie kann er das besser als mit dem, was er jahrzehntelang getan hat? Unterrichten. Er gibt Flüchtlingen damit eine Perspektive, vergrößert die Chance, in diesem Land bleiben zu können. Denn die ist nicht zuletzt mit Sprachkenntnissen verbunden. Dreimal in der Woche für je drei Stunden steht Gunter Schneider vor seinen Schülerinnen und Schülern. Niemand weiß, ob sie bleiben dürfen, ob ihnen das Lernen und Büffeln am Ende hilft, endlich Frieden und Sicherheit zu finden. Gunter Schneider ist fest entschlossen: Was er kann, wird er dazu beitragen.

Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückner, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückner: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückner: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückner: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schaftet, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückner: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschafter bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiten Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag





13. März 2016 Wählen gehen – damit sich etwas verändert!

»Ich gehe nicht mehr wählen.«
»Politiker sind doch alle gleich.«
»Es ändert sich ja doch nichts.«

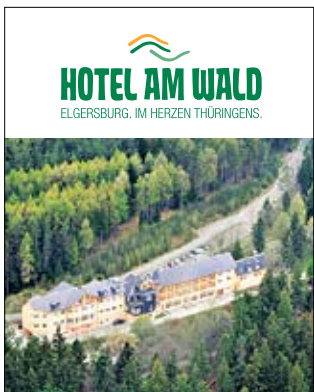
Leider höre ich das immer öfter. Aber ich will Ihnen dazu etwas sagen. Sie haben es in der Hand, ob sich etwas ändert. Wenn Sie nicht wählen gehen, werden es andere für Sie tun, die es vielleicht nicht allzu gut meinen. Oder die anderen bleiben auch zu Hause. Dann laufen Sie tatsächlich Gefahr, dass alles bleibt, wie es ist.

Politikerinnen und Politiker sind nicht alle gleich. Ich nenne Ihnen nur drei Beispiele, wo sich DIE LINKE deutlich von allen anderen Parteien unterscheidet:

- Sie hat noch nie einem Angriffskrieg zugestimmt, und sie wird das auch in Zukunft nicht tun.
- Sie kämpft für die Angleichung der Löhne und Renten im Osten an das Westniveau.
- Sie will, dass Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen können und bundesweit Volksentscheide eingeführt werden.

Dafür steht wirklich nur DIE LINKE. Wenn Sie wollen, dass diese politischen Forderungen auch durchgesetzt werden, gehen Sie am 13. März 2016 wählen und geben Sie meiner Partei Ihre Stimmen.

Ihr Georg Gepp



Schmücker Str. 20 · 98716 Elgersburg/Thr.
www.hotel-am-wald.com
https://www.facebook.com/hotelamwald
Telefon 03677 79800

Mehr Pädagoginnen und Pädagogen für gute Bildung

Die Landesregierung setzt jedes Jahr neu den Rotstift an. Sie nennt es »sparen«, angeblich, um der kommenden Generation einen ordentlichen Haushalt zu hinterlassen. Gut, könnte man meinen, würde sie nicht die Zukunft genau jener Generation wegsparen – und damit auch die Sachsen-Anhalts. Tausende Lehrerinnen- und Lehrstellen sind dieser Politik schon zum Opfer gefallen. Die Folge: Unterricht fällt aus, inzwischen fast überall im Land. Die Schülerinnen und Schüler Sachsen-Anhalts erreichten in den vergangenen Jahren in bundesweiten Vergleichen Spitzenleistungen. Es gab – neben anderen – einen wichtigen Grund dafür: ausreichend gute Lehrerinnen und Lehrer. Damit ist mittlerweile Schluss. Weder bildet das Land genügend Nachwuchs aus noch stellt es genügend neue Lehrkräfte in den Landesdienst ein.

Jedes Jahr stehen damit weniger Lehrkräfte vor den Klassen, jedes Jahr fällt mehr Unterricht aus. Das kann nicht so bleiben. Wir müssen kurzfristig etwas tun, um die größten Lücken zu schließen, und langfristig daran arbeiten, wieder eine gute Unterrichtsversorgung zu sichern. Kurzfristig heißt: Zum Schuljahr 2016/17 wollen wir mindestens 350 Lehrkräfte mehr einstellen, als es CDU und SPD planen. Auch unverständliche Hemmnisse für eine Bewerbung wol-



len wir abbauen: Alle Lehrkräfte, die wir in Sachsen-Anhalt ausbilden, und auch solche mit DDR-Lehrerausbildung wollen wir in unsere Schulen holen, wenn sie es wollen. Langfristig Vorsorge zu treffen bedeutet, die Kapazitäten an den Universitäten und in den staatlichen Seminaren schnellstmöglich dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird in den kommenden Jahren stabil bleiben, im Moment steigt sie sogar etwas. Darum wollen wir einen weiteren Stellenabbau im Schuldienst verhindern und wieder mindestens an das Niveau heran, das wir 2013 hatten: 14 300 Stellen. Das wird nicht einfach, zu viel ist von CDU und SPD in den vergangenen Jahren falsch gemacht worden. Doch ohne einen Kurswechsel werden wir uns von guter Bildung in Sachsen-Anhalt immer weiter entfernen.



Thomas Lippmann, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016



Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016

Spionin	Rosenöl	Hochebene	Anrede Sache (lat.)	engl. Artikel	babylon. Gott	Weltmeer	Laufvogel							
LINKE-Spitzenkandidat		1			Magdeburger Wahrzeichen		Turngerät							
griech. Buchstabe	10	Waldtier			Himmelsbläue	5								
feine Textilfaser							Stiftung in Dessau							
Drei (ital.)			3	2	7		dt. Alphabet							
			8	4	6	5	9	2						
Luftreifen	Schmelzüberzug		7	1	4									
			7		8		3							
		6		5	9	6	4							
arab. Staat	Landeshauptstadt	Schiff-fahrtskunde			3		1							
			8	7	6	3	5	2						
					5	9	1							
sagenh. Sonnenland		Cousine (veralt.)	12	Bruderschaft in Halle		Fahrt								
Ge-schmacks-verstärker						Papst-name Ruhe								
Wagen-schup-pen	4	einbal-samier-ter Körper		Fluss in Sachsen-Anhalt	Lotterieschein		Wind-richtung früher							
					dt. Re-formator									
Salomon-insel Zucker-rohrschn.				Honig-wein	Zwerg der Sage		Tier-kadaver nord. Gottheit							
		röm. Liebes-gott				Wolle (lat.)	14							
längl. Ver-tiefung					Verord-nung		9							
Alter (engl.)		engl. Schul-stadt					3							
							Nord-osteuro-päer							
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:



■ eine Reise nach Brüssel mit Besuch des Europäischen Parlaments



■ eine Reise nach Berlin mit Besuch des Deutschen Bundestages



■ ein Wochenende zu zweit im Hotel »Am Wald« in Elgersburg (Thüringen)

Lösung bitte bis zum 20. März 2016 einsenden an: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt Ebendorfer Straße 3 39108 Magdeburg oder per E-Mail an: kontakt@dielinke-lsa.de

Impressum: Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016, Auflage: 40 000 Redaktionsschluss: 6. Januar 2016 Herausgeberin: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt www.dielinke-sachsen-anhalt.de V.i.S.d.P.: Tatjana Behrend Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE. Layout und Satz: DiG / TRIALON Druck: Berliner Zeitungsdruck